

INHALT

1. Konsequenzen aus Erkenntnissen über Thüringer Rechtsextremisten
2. Landtag diskutiert über Norddeutsche Kooperation
3. CDU-geführte Landesregierung steht zum Flughafen Blankensee
4. Elektrifizierung der Bahnstrecke von Kaltenkirchen nach Hamburg-Eidelstedt muss kommen
5. Auswirkungen von Basel III auf Sparkassen in Schleswig-Holstein
6. CDU-Fraktion begrüßt neues Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
7. Explorationsbohrungen im Nationalpark Wattenmeer
8. Personenbeförderungsgesetz wird novelliert

18.11.2011

Konsequenzen aus Erkenntnissen über Thüringer Rechtsextremisten CDU und FDP unterstützen Maßnahmenpaket der Innen- und Justizminister

Der Beginn der Plenardebatte über Konsequenzen aus Erkenntnissen über die Thüringer Rechtsextremisten verzögerte sich am heutigen Freitag. Innenminister Klaus Schlie und Justizminister Emil Schmalfuß waren am Vormittag zur Konferenz der Innen- und Justizminister aus Bund und Ländern in Berlin. Dort verständigte man sich auf einen Maßnahmenkatalog.

So soll eine Verbunddatei Informationen über rechtsextreme Gewalttäter bündeln und besser zugänglich machen. In diese neue Zentraldatei sollen Verfassungsschützer von Bund und Ländern, Bundeskriminalamt und Landeskriminalämter ihre Erkenntnisse über Rechtsextremisten einspeisen. Start der Datei könnte frühestens Anfang 2012 sein. Als Vorbild dient eine bereits bestehende Datei für Informationen über islamistische Extremisten.

Auf Bundesebene soll eine „Abwehrzentrum Rechts“ eine bessere Verzahnung von Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz im Bereich des Rechtsextremismus schaffen. Über eine mögliche Beteiligung der Länder und dem Generalbundesanwalt an dem Abwehrzentrum soll verhandelt werden.

Geplant ist weiter eine Änderung des § 6 des Bundesverfassungsschutzgesetzes. Ziel ist, dass mehr Hintergrundinformationen über Verdächtige quer durch alle Verfassungsschutzämter genutzt werden können.

Im Hinblick auf ein NPD-Verbotsverfahren soll eine bereits bestehende Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern die Möglichkeiten eines neuen Anlaufs prüfen. Dabei wird es auch um die Frage der V-Leute gehen. Innenminister Klaus Schlie bezeichnete diese heute als unverzichtbar.

Landtag diskutiert über Norddeutsche Kooperation

Opposition betreibt Wahlkampfmanöver mit Enquête- „Norddeutsche Zusammenarbeit“



Markus Matthießen, MdL

Der Landtag debattierte in seiner heutigen Tagung (18. November 2011) erneut über die Kooperation zwischen den Ländern Hamburg und Schleswig-Holstein. Auf der Tagesordnung stand neben einem Antrag der SPD zur Einsetzung eines gemeinsamen parlamentarischen Ausschusses beider Länder auch ein Antrag der Grünen zur Änderung der Landesverfassung.

Von Seiten der CDU-Landtagsfraktion brachte Markus Matthießen, gleichzeitig Vorsitzender der Enquetekommission „Chancen einer verstärkten norddeutschen Zusammenarbeit“, seine Enttäuschung darüber zum Ausdruck, dass von der Opposition in vielen Punkten dem gemeinsamen Abschlussbericht der Kommission vorgegriffen wurde.

„Das, was Sie von SPD und Grünen jetzt hier machen, kann man nur unter der Rubrik Wahlkampfmanöver einordnen und abheften“, so Matthießen.

Es ginge nicht um eine Kleinigkeit, wenn „mal eben ein Antrag zur Änderung der Landesverfassung auf den Tisch geklatscht“ werde, ohne dass im Vorwege der Versuch unternommen wurde, dies gemeinsam auf den Weg zu bringen. „Das ist in solchen Fällen üblich, weil es um eine Zwei-Drittel-Mehrheit geht“, betonte Matthießen.

Unabhängig davon seien die Anträge der Opposition auch inhaltlich überhaupt nicht ausgereift. So fordere die SPD zum Beispiel einen gemeinsamen Ausschuss beider Länder, ohne sich darüber Gedanken zu machen, ob das verfassungsrechtlich überhaupt möglich sei.

Markus Matthießen hielt in der Debatte fest, dass die Enquetekommission nach dem Ende der Anhörungen jetzt auf dem bestem Wege sei, einen Abschlussbericht mit einvernehmlichen Empfehlungen zu erarbeiten.

„Die Erkenntnis, dass eine engere Verzahnung in Norddeutschland erforderlich ist, hat sich durchgesetzt, und die Menschen können zu Recht von uns erwarten, dass wir an der Sache orientiert und ernsthaft arbeiten – auch in Wahlkampfzeiten“, so Matthießen abschließend.

CDU-geführte Landesregierung steht zum Flughafen Blankensee Vorverurteilung im Hinblick auf mögliche Beihilfen für Ryanair abgelehnt



Hans-Jörn Arp, MdL

In einer Plenardebatte über mögliche Beihilfen für Ryanair hat die CDU-Fraktion eine Vorverurteilung der Lübecker Flughafengesellschaft abgelehnt. Die Grünen hatten eine Überprüfung durch die Landesregierung gefordert.

Diese sei gar nicht zuständig, sondern die Betreiber des Flughafens und die Stadt Lübeck als Gesellschafter, betonte CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp. Er forderte, die ausstehende Beurteilung durch die Europäische Union abzuwarten. „Wenn die Grünen in ihrem Antrag bereits von einer jahrelangen Praxis rechtswidriger Beihilfen sprechen, dann ist das eine Vorverurteilung“, stellte er klar.

Arp ließ keinen Zweifel daran, dass die CDU-geführte Landesregierung zum Flughafen steht: „Blankensee ist der größte Flughafen im Land. Er ist wichtig für Lübeck und die Region.“ Allerdings sei es nie das Ziel gewesen, sich an der Flughafengesellschaft zu beteiligen. Eigentümerin des Flughafens sei die Flughafen Lübeck GmbH, deren 100-prozentige Gesellschafterin die Hansestadt Lübeck sei. Das Land habe Verträge mit der Hansestadt Lübeck geschlossen und gehe davon aus, dass diese die Verträge auch einhalte.

Die aktuellen Probleme des Flughafens resultierten zu einem guten Teil auch daraus, dass Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen im Aufsichtsrat erkennbar das Ziel verfolgten, den Flughafen gegen den erklärten Willen der Bürger der Hansestadt doch zu schließen: „Wenn im eigenen Aufsichtsrat die Gegner sitzen, dann kann das nicht gut gehen. Und das tut es ganz offensichtlich auch nicht“, so Arp.

Elektrifizierung der Bahnstrecke von Kaltenkirchen nach Hamburg-Eidelstedt muss kommen Gute Ausgangsposition für bessere Anbindung an die Metropolregion

Es handle sich um eines der wichtigsten Infrastrukturprojekte des Nahverkehrs in der Metropolregion Hamburg. Darin waren sich alle einig, als der Landtag heute (18. November 2011) über die Elektrifizierung der Bahnstrecke zwischen Kaltenkirchen und Hamburg-Eidelstedt debattierte.

Der zuständige Wahlkreisabgeordnete der CDU, Peter Lehnert, stellte zu Beginn seiner Rede heraus, dass die erheblichen Investitionen der vergangenen Jahre in einen zweigleisigen

Ausbau und die Modernisierung der Strecke vor allem dem persönlichen Engagement von Wirtschafts- und Verkehrsminister Jost de Jager zu verdanken seien.

„Damit haben wir eine hervorragende Grundlage und eine gute Ausgangsposition für die weiteren Schritte, die wir nun konkret anpacken werden“, so Lehnert.

Durch die Verdoppelung des Fahrgastaufkommens in den vergangenen Jahren und weiteres erwartetes Zuwachspotential werde die besondere Bedeutung dieser Strecke deutlich.

„Bereits heute pendeln etwa 75.000 Menschen nach Hamburg hinein, aber auch mehr als 25.000 aus Hamburg heraus. Deshalb hat diese Baumaßnahme für uns auch einen sehr wichtigen arbeitsmarktpolitischen Aspekt“, so Lehnert weiter.

Es mache Sinn rechtzeitig über die Rahmenbedingungen zu entscheiden, zumal 2017 die auf der Strecke verkehrenden Züge ersetzt werden müssten. Gleichzeitig sollte man weiterführende Strecke über Bad Bramstedt bis nach Neumünster in Blick haben, da der ÖPNV der entscheidende Faktor für die Anbindung der Region an die Metropolregion sei.

„Die Elektrifizierung ist hierfür natürlich eine wichtige Grundlage. Sie ist sowohl verkehrspolitisch notwendig als auch ökologisch geboten und wirtschaftspolitisch sinnvoll“, so Peter Lehnert abschließend.

Den Antrag von CDU und FDP finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/1900/drucksache-17-1976.pdf>



Peter Lehnert, MdL

Auswirkungen von Basel III auf Sparkassen in Schleswig-Holstein **Neues Sparkassengesetz ermöglicht Rekapitalisierung der Institute im Land**

Auf Antrag der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen beriet der Schleswig-Holsteinische Landtag heute (18. November 2011) über die Auswirkungen der bankenaufsichtlichen Regelungen „Basel III“ auf die schleswig-holsteinischen Sparkassen. Die verschärften Eigenkapitalanforderungen von „Basel III“ machen bei kapitalschwachen Sparkassen im Land eine Stärkung des Eigenkapitals erforderlich.

„Unsere konkrete Antwort auf Basel III war die Änderung des Sparkassengesetzes. Wir haben

damit die Möglichkeit für eigenkapitalschwache Sparkassen geschaffen sich zu stärken. Somit haben wir in unserem eigenen Zuständigkeitsbereich bereits eine Lösung geschaffen, als die Opposition noch nicht mal das Problem erkannt hatte“, erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion Tobias Koch. Der Argumentation der Opposition, das Sparkassengesetz sei gescheitert, erteilte Koch eine klare Absage. „Basel III“ mache eine Eigenkapitalverstärkung auch bei den Sparkassen erforderlich.

„Mehrere Sparkassen in Schleswig-Holstein möchten von den neuen gesetzlichen Möglichkeiten Gebrauch machen und werden dabei mittlerweile auch vom Sparkassen- und Giroverband unterstützt. Allein die Opposition hat den Schuss nicht gehört und möchte es immer noch nicht wahrhaben“, so Finanzexperte Koch.

Koch bemängelte jedoch, die Anforderungen von „Basel III“ würden den Besonderheiten des deutschen Bankensystems mit seinem Drei-Säulen-Modell aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und Privatbanken nicht gerecht und böten noch keine Antworten auf die Herausforderungen der Staatsschuldenkrise. Koch schlug daher vor, die Eigenkapitalanforderungen in Abhängigkeit von der Institutsgröße vorzugeben.

„Für kleinere Institute wie Sparkassen und Volks- und Raiffeisenbanken würden danach geringere Eigenkapitalanforderungen gelten, als für Großbanken“, so Koch abschließend.



Tobias Koch, MdL

CDU-Fraktion begrüßt neues Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz Entsorgung bleibt Gegenstand der Kommunalen Daseinsvorsorge

CDU und FDP haben heute eine von SPD, Grünen und LINKEN geforderte Bundesratsinitiative abgelehnt, mit der diese die Novellierung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes noch stoppen wollten. Für die CDU-Fraktion stellte Barbara Ostmeier fest, dass durch die nunmehr vorgenommene gesetzliche Verankerung der drei Kerngebote der Abfallwirtschaft: Vermeidung, Verwertung, Recycling die hohen deutschen Umwelt- und Entsorgungsstandards konsequent fortentwickelt würden.

Mit der Novelle werden auch gewerbliche Sammlungen im Verantwortungsbereich öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger zugelassen. „Das ist eine Veränderung, die unsere Kommunen ohne Zweifel vor große Herausforderungen stellen wird und im einen oder anderen Fall ein Umdenken erfordert“, betonte die CDU-Abgeordnete. Es sei die Verantwortung von Bundes- und Landespolitik, den Kommunen, die sich der Entsorgungsverantwortung über Jahrzehnte ökologisch und ökonomisch, zuverlässig und bürgernah angenommen haben, faire

Bedingungen zu sichern. „An dieser Stelle unterscheidet sich die Position der CDU ganz klar von der von SPD und Bündnis 90 / Die Grünen. Wir wollen die Schaffung eines fairen Interessenausgleichs und nicht die Garantie kommunaler Strukturen“, stellte Ostmeier klar.

Darum sei es gut, dass das neue Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz den kommunalen Entsorgungsträgern für die Hausmüllentsorgung weiterhin eine Vorrangposition einräumt. „Gewerbliche Sammlungen sind nur dort zugelassen, wo sie die verantwortungsvolle öffentlich-rechtliche Entsorgung nicht gefährdet.“

Ostmeier zeigte sich im Übrigen überzeugt, dass der überwiegende Teil der Kommunen in Schleswig-Holstein längst auf dem Weg sei, Bürgernähe und Wirtschaftlichkeit miteinander zu vereinbaren.



Barbara Ostmeier, MdL

Explorationsbohrungen im Nationalpark Wattenmeer Grundsätzlich möglich, im Zweifel für die Umwelt

Das Vorhaben der RWE/DEA, neben der Bohrinselform Mittelplate weitere Probebohrungen im Wattenmeer durchführen zu wollen, beschäftigte heute (18. November 2011) den Schleswig-Holsteinischen Landtag.

Der umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Michael von Abercron, wies dabei die Einschätzung der Oppositionsfraktionen zurück. So zeigte die SPD-Fraktion sich bereits heute überzeugt, dass weitere Bohrungen im Nationalpark gesetzlich ausgeschlossen seien.

Abercron stellte klar, dass durchaus Ausnahmeregelungen möglich seien. Voraussetzung sei, dass die Bohrungen sehr klein, Einleitungen verboten und der Eingriff zeitlich begrenzt sei.

„Man kann wohl sicher sein, dass bei einer entsprechenden Genehmigung dieser Teil durch Gerichte überprüft wird“, so Abercron.

Die entsprechenden Genehmigungsbehörden würden bald vorliegende Anträge sehr genau prüfen. Das Ergebnis dieser Prüfungen bereits vorweg zu nehmen, lehnte Abercron ab.

Sollten sich die Eingriffe durch so genannte Schrägbohrungen verträglich gestalten lassen, so könne dies auch zum Vorteil für die Nordsee und ihre Küsten werden. Diese Technologie ermögliche es, viele der Bohrinselformen in der Nordsee zu ersetzen und damit das Risiko auf hoher See zu reduzieren.

„In jedem Fall ist jedoch sicher zu stellen, dass das wertvolle Naturerbe – das Wattenmeer – durch Explorationsbohrungen keinen Schaden nimmt. Es gilt: Im Zweifel für die Umwelt“, so der umweltpolitische Sprecher abschließend.



Dr. Michael von Abercron, MdL

Personenbeförderungsgesetz wird novelliert **Bald mehr Fernverbindungen im Linienbusverkehr**

Die heutige Parlamentsdebatte befasste sich auch mit der Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes. Anlass war unter anderem ein Antrag der LINKEN, mit dem diese unter anderem ein Sozialticket mit einem Preis von höchstens 15 Euro für alle Menschen in Hartz IV und mit geringem Einkommen sowie die Abschaffung der ersten Klasse im Regionalverkehr forderten.

Auf Bundesebene ist eine Novellierung geplant, mit der die Personenbeförderung insbesondere im Fernverkehr Europäischem Recht angepasst wird. Während Hans-Jörn Arp den Antrag der LINKEN zurückwies, begrüßte er für die CDU-Fraktion die Pläne von Bundesverkehrsminister Ramsauer: „Die bisherigen Regelungen entsprechen nicht den Bedürfnissen eines fairen Wettbewerbs“, betonte der Verkehrspolitiker:

Er forderte, den Linienverkehr von Fernbussen parallel zu Eisenbahnstrecken endlich zuzulassen. Dies führe zu fairem Wettbewerb und schaffe eine neue, kostengünstige und attraktive Beförderungsalternative. Der Verkehrsexperte machte deutlich, dass sich die Liberalisierung auf den Bereich des Fernverkehrs beschränke.

Den Antrag von CDU und FDP finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2000/drucksache-17-2011.pdf>

Den Antrag der LINKEN finden Sie unter:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2000/drucksache-17-2010.pdf>

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de